

Devianz, Diskurs und Differenz

Kreissl, Reinhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kreissl, R. (1997). Devianz, Diskurs und Differenz. In S. Hradil (Hrsg.), *Differenz und Integration: die Zukunft moderner Gesellschaften ; Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dresden 1996* (S. 375-388). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-140027>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Devianz, Diskurs und Differenz¹

Reinhard Kreissl

1. Einleitung

Ausgangspunkt meiner Überlegungen ist die Beobachtung von zwei scheinbar gegenläufigen Entwicklungen im Bereich rechtlich gesteuerter und staatlich organisierter sozialer Kontrolle:

a) Auf der einen Seite wird von verschiedenen Seiten mit Besorgnis ein Trend zur Vorverlagerung des rechtlich abgesicherten Eingriffs staatlicher Kontroll- und Ermittlungsinstanzen diagnostiziert. Rechtlich gesteuerte soziale Kontrolle durch staatliche Instanzen, so heißt es hier, dehne sich zusehends und unkontrollierbar in die Gesellschaft hinein aus. Immer mehr Gesetze würden den Bereich des fraglos legalen Verhaltens zusehends einengen und die Kontrollinstanzen von klaren rechtlichen Vorgaben entbinden. Man wisse bald nicht mehr, was man noch dürfe und wo der Bereich des strafrechtlich relevanten Fehlverhaltens beginne. Befürchtet wird die Entstehung eines Überwachungsstaates durch die Ausdehnung des staatlichen Zugriffs in gesellschaftliche Handlungsbereiche (vgl. Dencker 1988; Maus 1986; Preuß 1989).

b) Auf der anderen Seite wird beklagt, daß soziale Kontrolle zunehmend privatisiert wird. Dabei wird auf verschiedene Phänomene verwiesen. Als plakativer Beleg dient die Ausdehnung des privaten Sicherheitsgewerbes, dessen Umfang, gemessen an der Zahl der Beschäftigten, angeblich bereits die staatlichen Ordnungskräfte bei der Polizei übertrifft. Weitere Belege sind die Einrichtung sogenannter Bürgerwehren, etwa der Sicherheitswacht in Bayern, oder andere Formen der Aktivierung gesellschaftlicher Kräfte, insbesondere für die Zwecke der Prävention, aber auch im Bereich von Ermittlung, Verfolgung und Sanktionierung von angeblich abweichendem Verhalten. Der Staat

ziehe sich hier aus seinen genuinen Aufgabenbereichen zurück undbürde der Gesellschaft die Sicherungsaufgaben auf, für die er eigentlich verantwortlich sei. Das öffentliche Gut Sicherheit, so die Argumentation, würde damit zusehends über Märkte bereitgestellt, so daß es nicht mehr allen Bürgern in gleichem Ausmaß zur Verfügung stünde. In zunehmendem Maße könnten sich nur mehr die Reichen Sicherheit leisten. Auch ginge die durch präzise rechtliche Vorgaben garantierte formale und materielle Rechtssicherheit mit zunehmender Privatisierung sozialer Kontrolle zusehends verloren (vgl. Beste 1996).

Ob diese beiden vermuteten Trends auf unterschiedlichen ideologisch-politischen Blickwinkeln beruhen, ob sie komplementäre Entwicklungen beschreiben oder ihre Empirie an verschiedenen Bereichen gewinnen, ist auf den ersten Blick nicht klar.

Beide Beobachtungen gewinnen jedoch ihre Kontur vor dem Hintergrund einer gemeinsamen Vorstellung von Recht und sozialer Kontrolle. Diese Vorstellung läßt sich im Bild des modernen demokratischen Rechtsstaats fassen. Sie ist das Produkt eines historischen Entwicklungsprozesses, der sich entlang von Verrechtlichungsschüben rekonstruieren läßt. Das Ergebnis dieses Prozesses ist ein Modell des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft, das den beiden eingangs skizzierten Szenarien – zunehmende Verstaatlichung der Gesellschaft einerseits, steigende Vergesellschaftung des Staates und wachsende Privatisierung hoheitlicher Aufgaben andererseits – die begrifflichen Hintergrundsannahmen liefert. Dieses Modell hat eine deskriptive und eine normative Lesart. Beide sind wichtig, wenn man das Problem der sich verändernden Arbeitsteilung zwischen Staat und Gesellschaft analysieren will.

Ich möchte zunächst versuchen, dieses Modell des modernen demokratischen Rechtsstaats kurz zu skizzieren und zwar unter der Perspektive der darin implizierten Vorstellungen über legitime Formen rechtlich vermittelter sozialer Kontrolle (2.). Im Anschluß daran werde ich mich mit einigen Beispielen beschäftigen, die vor dem Hintergrund dieses Modells als problematische Entwicklungen erscheinen (3.). Abschließend möchte ich dann versuchen, diese Entwicklungen in einem weiteren gesellschaftstheoretischen Kontext vor dem Hintergrund eines veränderten Verständnisses der Differenz von Staat und Gesellschaft zu interpretieren (4.).

Ich nehme also das Thema »erlaubte und verbotene Differenzen« hier in folgender Weise auf: es geht mir erstens um die für soziale Kontrolle in modernen Gesellschaften des Typs Bundesrepublik zentrale Leitdifferenz von Staat und Gesellschaft und zweitens um die Rolle des Rechts bei der Etablie-

rung und Aufrechterhaltung dieser Differenz. Dabei interessiert mich Recht in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Steuerung und Begrenzung des staatlichen Zugriffs in gesellschaftliche Bereiche. Alle weiteren Differenzierungen, die im Bereich sozialer Kontrolle eine Rolle spielen, also die Unterschiede zwischen legal und illegal, legitim und illegitim, sowie zwischen konform und deviant können in ihrer spezifischen Bedeutung und Ausformung durch die Leitdifferenz von Staat und Gesellschaft gesehen werden (Kreissl 1988).

2. Die Differenzierung von Staat und Gesellschaft als Ergebnis von Verrechtlichungsprozessen

Dem Recht wird für die Entwicklung moderner Gesellschaften in soziologischen Analysen eine zentrale Rolle zugesprochen. Gesellschaftstheoretisch ambitionierte Autoren, von Durkheim und Weber bis hin zu Luhmann und Habermas, haben sich mit der Kovariation von Recht und Gesellschaft beschäftigt (vgl. Gephart 1993). Das institutionelle Arrangement des modernen Rechtsstaats läßt sich aus gesellschaftstheoretischer Perspektive als Produkt epochaler Verrechtlichungsprozesse begreifen. Nehmen wir die von Habermas (Habermas 1981: 522ff.) entwickelte Typologie als Ausgangspunkt, so lassen sich hier vier Schübe unterscheiden: Sie bringen in Habermas Terminologie in historischer Folge den bürgerlichen Staat, den Rechtsstaat, den demokratischen und den Sozialstaat hervor. Für jede dieser Typen läßt sich ein spezifischer Rechtstypus identifizieren. Der für unsere Fragestellung theoretisch interessante Punkt ist dabei, daß durch diese Schübe jeweils Probleme erzeugt werden, die Thema des darauffolgenden Verrechtlichungsschubes werden. Der bürgerliche Staat schafft sozusagen zunächst in der Horizontalen rechtlich gesicherte Verhältnisse: Formelle Gleichheit der Untertanen, Freiheit und Sicherung des Eigentums garantieren die Kalkulierbarkeit des bürgerlichen Verkehrs im Angesicht der souveränen Staatsgewalt, die als einzige Quelle der Legalität gilt. Im Rechtsstaat wird sodann diese Obrigkeit ihrerseits an Recht und Gesetz gebunden. Die Bürger erhalten einklagbare subjektiv-öffentliche Rechte gegenüber dem Souverän. Das Prinzip der souveränen Herrschaft kann nun als Herrschaft des Gesetzes gedeutet werden. Es handelt sich hier also um eine Verrechtlichung in der Vertikalen. Der demokratische Rechtsstaat wiederum koppelt die gesetzliche Herrschaft an rechtlich gesicherte politische Partizipationsrechte, d.h. Recht gewinnt seine Legitimität aus der demokratischen Genese über den gewählten parlamentarischen Gesetzgeber.

Der Sozialstaat schließlich sichert über das Medium des Rechts ein Stück weit die materiellen Voraussetzungen politischer Partizipation, indem er die Risiken und Asymmetrien einer sich selbst überlassenen kapitalistischen Marktwirtschaft durch rechtliche Normierung abfedert. Habermas interpretiert diese Entwicklung bekanntlich aus der Perspektive des Konflikts zwischen den medial gesteuerten Bereichen von Administration und Ökonomie auf der einen Seite und einer sich rationalisierenden kommunikativ strukturierten Lebenswelt auf der anderen, die ihren Ansprüchen in der Form rechtlicher Garantien Geltung verschafft. Die staatliche Sphäre entsteht in Koevolution mit der gesellschaftlichen, zunächst gleichsam oberhalb von ihr, sodann durch demokratische Verfahren in ihrem Handlungsspielraum an die Gesellschaft rückgekoppelt und schließlich verläuft durch rechtlich gesteuerte Intervention die Rückkopplung auch in der Gegenrichtung, d.h. die Gesellschaft wird durch staatliche Intervention geprägt.

Dieses idealtypische Modell der Entwicklung von Recht, Staat und Gesellschaft hat einen deutlichen und starken normativistischen Bias, das macht es empirisch angreifbar. Aber es liefert eine gute Interpretationsfolie für die Kritik bestimmter Entwicklungen des modernen Rechts, indem es ein normatives Modell legitimer politischer Herrschaft im allgemeinen und legitimer Formen rechtlich kodierter sozialer Kontrolle im Besonderen anbietet (vgl. Habermas 1992). Der theoretische Witz dieses Modells besteht nun darin, daß es die Möglichkeit bietet, Rechtsnormen und ihre Anwendung kritisch unter dem Gesichtspunkt ihrer freiheitssichernden Wirkungen zu betrachten. Der Fluchtpunkt aller Aktionen des Rechtsstaates ist die Sicherung gesellschaftlicher Freiheitssphären mit den Mitteln des Rechts. Dieses Modell sollte man also nicht empiristisch verkürzen, sondern es als eine mögliche Form der Selbstbeschreibung moderner Gesellschaften interpretieren, also als eine Form, die in der Gesellschaft benutzt wird, um über die Gesellschaft zu reden. Die Instanzen formaler sozialer Kontrolle im engeren Sinne, also Polizei, Justiz und Strafvollzug gehören in diesem Modell der Sphäre des Staates an. Sie realisieren das staatliche Gewaltmonopol nach innen, sichern die Umsetzung kollektiv bindender Entscheidungen und sind in ihrem Handeln gebunden an gesetzliche Vorgaben, die ihrerseits wiederum als Ergebnis politischer Willensbildungsprozesse interpretiert werden können. Damit haben sie die begründete Vermutung für sich, im gerechtfertigten gesellschaftlichen Allgemeininteresse zu handeln. Als legitim kann der Zugriff sozialer Kontrollinstanzen in diesem Modell dann gelten, wenn er von demokratisch legitimierten und formal rationalen gesetzlichen Regelungen gesteuert wird und die Handlungen der Kontrollinstanzen ihrerseits demokratischer und rechtlicher

Kontrolle unterliegen. Normativ liegt der Primat hier bei der Gesellschaft, der demokratische Rechtsstaat ist die institutionelle Form, mit deren Hilfe diese Gesellschaft sich selbst programmiert, d.h. auf sich selbst einwirkt.

Man kann nun vier Aspekte mit empirischer Plausibilität ins Feld führen, die gegen dieses Modell sprechen:

1. Der Prozeß der Rechtsgenese orientiert sich nicht am Modell des demokratischen Rechtsstaats. Der parlamentarische Gesetzgeber hängt sozusagen kognitiv am Tropf der Exekutive, die ihn mit Daten und Deutungen, mit Wissen und Interpretationen versorgt. Die parlamentarischen Gesetze ihrerseits liefern nur mehr »Gesetzesattrappen« (Maus 1986), die keineswegs den exekutivischen Handlungsspielraum einschränken, sondern die sich erst in der Anwendung konkretisieren. Aber selbst wenn es formal rational strikte rechtliche Regelungen gäbe, greift ein weiterer Kritikpunkt.
2. Die Anwendung des Rechts ist nicht nur die Umsetzung eines Programms, sondern die rechtsanwendende Exekutive hat ein Eigenleben. Der Einsatzleiter der Polizei läuft nicht mit dem Grundgesetz unter dem Arm herum, die Entscheidung des Richters ist nicht nur Anwendung rechtlicher Regelungen, sondern basiert zu erheblichen Teilen auf anderen – rechtlich nicht legitimierbaren – Kalkülen, auf den sozialen Notwendigkeiten der lokalen Anwendung von Recht vor Ort und nicht zuletzt auf ganz normalem Alltagsverstand.
3. Das Rechtssystem selbst ist nicht einfach an den demokratischen Machtkreislauf anschließbar. Die spezifische Rationalität des Rechts gerät in Konflikt mit den Rationalitäten des politischen Systems einerseits, mit den Eigenrationalitäten der rechtlich zu steuernden Handlungsbereiche andererseits. Das erzeugt im demokratischen Herrschafts- und Machtkreislauf ein regulatorisches Trilemma (Teubner 1985). Dieses wiederum läßt sich auf einer allgemeinen Ebene auf ein sehr grundsätzliches Problem beziehen.
4. Die grundsätzliche Idee einer sich gleichsam bewußt durch demokratische Verfahren und Gesetze selbstprogrammierenden Gesellschaft ist im Angesicht der real existierenden Komplexität moderner, funktional differenzierter Gesellschaften obsolet geworden. Die Vorstellung, das politische System könne qua parlamentarischem Gesetzgeber die Gesellschaft als Ganzes mit den Mitteln des Rechts steuern, ist heillos unterkomplex (Willke 1992). Nichtsdestotrotz ist diese Vorstellung für die Strukturierung der Diskurse sozialer Kontrolle unentbehrlich.

Das Modell der beiden gegenläufigen Kreisläufe von Legitimität und politischer Macht (vgl. Habermas 1992), das der Idee der Arbeitsteilung zwischen demokratischem Rechtsstaat und Zivilgesellschaft zugrundeliegt, funktioniert also offensichtlich zwar nicht so, wie es in der Theorie angelegt ist. Dennoch liefert dieses Modell nach wie vor die normative Folie für die Interpretation staatlicher Politik und zwar in doppelter Hinsicht: Zum einen werden staatliche Politiken mit dem Verweis auf ein demokratisch legitimes Allgemeininteresse begründet und zum anderen rekurriert die Kritik dieser Politiken ebenfalls auf die Idee verallgemeinerungsfähiger Interessen.

Bezogen auf unsere Fragestellung der Entwicklung sozialer Kontrolle nimmt diese Auseinandersetzung folgende Form an: Welche Interventionen in den Bereich der Gesellschaft sind als legitim vertretbar, inwieweit kann, darf und soll der Staat sich mit den Mitteln des Strafrechts in gesellschaftliche Prozesse einmischen? Rechtlich gesteuerte soziale Kontrolle kann als legitim bezeichnet werden, wenn sie sich darauf konzentriert, Störungen der Reproduktionsbedingungen der Zivilgesellschaft zu beheben. Diese Reproduktionsbedingungen sind normativ definiert (vgl. Albrecht u.a. 1992). Die Luhmann'sche Formel von Verhaltenssteuerung und Erwartungsstabilisierung (Luhmann 1981) als Funktionen des Rechts bringt das auf den Punkt. Soziale Kontrolle habe sich darauf zu beschränken, einen Kernbestand an schutzwürdigen Rechtsgütern zu sichern. An zentraler Stelle steht dabei die individuelle Freiheit des Bürgers, die es sowohl in der Horizontalen, also gegen gesellschaftliche Bedrohung, als auch in der Vertikalen, also gegen staatliche Interventionen zu schützen gilt. Die Empirie vor der Haustüre zeigt uns nun, daß diese Ansprüche nicht mehr erfüllt werden und daß soziale Kontrolle sich in andere Richtungen entwickelt.

3. Pathologien sozialer Kontrolle im demokratischen Rechtsstaat

Selbst Rechtsstaatsoptimisten wie Habermas sehen die Gefahr pathologischer Entwicklungen im Bereich des modernen Rechts. Am Beispiel der Verrechtlichung der Sozialpolitik hat Habermas die Ambivalenz von Freiheitsverbürgung und Freiheitsentzug deutlich gemacht. Es seien nun, so schreibt Habermas über das moderne interventionistische Recht, die »Mittel der Freiheitsverbürgung selbst, die die Freiheit des Nutznießers gefährden« (Habermas 1981: 531). Ich möchte diese Überlegung anhand von einigen Beispielen aus dem Bereich sozialer Kontrolle ausführen. Dabei werden verschiedene

Tendenzen sichtbar, die sich nicht ohne weiteres in ein einheitliches Schema bringen lassen.

Gemeinsam ist diesen Entwicklungen, daß sie soziale Kontrolle von klaren rechtlichen Vorgaben abkoppeln und zwar, wie eingangs erwähnt, in zweifacher Hinsicht: Auf der einen Seite wird das Handeln der staatlichen Ermittlungs- und Verfolgungsbehörden von klaren rechtlichen Vorgaben entbunden, zum anderen werden Kontrollaufgaben in den vorrechtlichen bzw. vorstaatlichen Bereich verlagert. Nicht nur von kritischen Beobachtern der Strafrechtsentwicklung, sondern auch von den politisch Verantwortlichen werden massive Bedenken gegen die im Bereich strafrechtlicher Sozialkontrolle beobachtbaren Veränderungen geäußert. Die vor einiger Zeit zurückgetretene Bundesjustizministerin sieht in Deutschland eine Entwicklung »weg vom Konzept des liberalen Rechtsstaates, dessen Recht primär Abwehrrecht des Bürgers ist, hin zum Konzept des konservativen Schutzstaates, dessen Recht primär Eingriffsrecht des Staates ist« (zit. nach Frehsee, 1997). Diese Entwicklung läßt sich im Bereich des materiellen Strafrechts ebenso zeigen, wie im Prozeßrecht. Zwei Aspekte scheinen hier eine besondere Rolle zu spielen: zum einen werden immer neue Gefährdungen konstruiert, die eine Erweiterung des Zugriffs erforderlich erscheinen lassen, zum anderen werden die Notwendigkeiten einer effektiven Strafrechtspflege und Strafverfolgung gegenüber den freiheitlichen Schutzgarantien des liberalen Strafrechts in den Vordergrund gestellt und damit strafprozessuale Schranken abgebaut, die den Bürger vor dem Zugriff staatlicher Kontrolle schützen sollen (Preuß 1989). Betrachtet man die Rechtsentwicklung der letzten zehn bis fünfzehn Jahre im Überblick, so kann man mit nur milder Stilisierung von der Entwicklung hin zu einem Polizeistaat in der Schublade sprechen.

Allerdings sollte man sich hüten, die allzu düsteren Szenarien der Strafrechtskritiker im Maßstab 1:1 auf die Praxis der Kontrollinstanzen zu übertragen. Zum einen handelt es sich bei einer Reihe der aktuellen Verschärfungen des Strafrechts um rein symbolische Gesetzgebung, d.h. die behauptete kriminal- und rechtspolitische Notwendigkeit neuer Regelungen findet nur bedingt Niederschlag in der Praxis der Strafverfolgung. So wurden etwa 1993 wegen Kreditbetrugs im Rahmen von Kapitalanlagegeschäften (Paragraph 264a StGB) 2.488 Fälle angezeigt, in 11 Fällen kam es zur Anklage und nur in vier Fällen zur Verurteilung. Ähnliches läßt sich im Bereich des politischen Strafrechts zeigen. Von knapp 1.500 zwischen 1982 und 1987 registrierten Straftaten, die sich auf den berüchtigten Paragraphen 129a StGB beziehen, der das Werben und die Unterstützung für eine terroristische Vereinigung unter Strafe stellt, kam es nur in 89 Fällen zu rechtskräftigen Verurteilungen (Lau/Mischau

1991). Doch sollte man bei diesen Verhältnissen nicht vergessen, daß die Existenz einer entsprechenden Zugriffsnorm erst einmal das Einschreiten der Kontrollinstanzen ermöglicht, daß Ermittlungen durchgeführt werden können und bereits damit ein nicht unerheblicher Effekt erzielt werden kann, auch wenn es letztendlich nicht zu einer Verurteilung kommt.

Zum anderen verfügen die Strafverfolgungs- und Ermittlungsbehörden ihrerseits nur über begrenzte Ressourcen und die hektische Rechtsproduktion stößt nicht immer auf Gegenliebe bei den Praktikern sozialer Kontrolle vor Ort. Gerade die Polizei sieht sich zusehends mit neuen Aufgaben konfrontiert, die auf den ersten Blick paradox erscheinen. Es werde, so die häufig geäußerte Einschätzung von Polizeipraktikern, zusehends wichtiger, mit den diffusen Bedrohungsängsten der Bevölkerung umzugehen, d.h. Kriminalitätsfurcht abzubauen und das Sicherheitsgefühl zu stärken. Dies geschieht weniger mit den Mitteln der klassischen Kriminalitätsbekämpfung, sondern im Rahmen einer Strategie, die man als »Sicherheitsmanagement« bezeichnen könnte, durch Aufklärung, Initiierung von lokalen Arbeitskreisen mit anderen Behörden und Diskussionen mit der Bevölkerung im Rahmen allgemeiner Öffentlichkeitsarbeit. Zudem sieht sich die Polizei als Endabnehmer einer Reihe von gesetzlichen Regelungen, etwa im Polizeiaufgabengesetz, von injustiziablen Vorschriften umgeben, die zwar theoretisch Rechtssicherheit schaffen sollten, sich praktisch aber eher lähmend auf die alltägliche Arbeit auswirken. Die im Rahmen symbolischer Politik von politischer Seite vorgegebenen Schwerpunkte – etwa der Kampf gegen die vermeintliche Bedrohung durch illegale Drogen – treffen bei der Polizei (und auch bei der Justiz) nicht immer auf Resonanz. Führende Vertreter der Polizei votieren hinter kaum mehr vorgehaltener Hand hier und in einigen anderen Bereichen inzwischen für massive Entkriminalisierungen. Diese Entwicklungen lassen sich als Belege für eine Entkoppelung von rechtlichen Vorgaben und exekutivischer Praxis sozialer Kontrolle interpretieren.

Wir finden auf der einen Seite eine hektische Rechtsproduktion, die jedem kritischen Beobachter bei der Vorstellung, daß sie maßstabsetreu auf die Praxis durchschlagen könnte, den rechtsstaatlichen Schrecken in die Knochen fahren läßt. Auf der anderen Seite zeigt sich eine Praxis sozialer Kontrolle, die gegenüber diesen Vorgaben nur relativ träge reagiert und aufgrund einer eingebauten Reflexionsfähigkeit zusehends eigenständige Handlungsstrategien entwickelt, die sich nicht mit den dystopischen Szenarien der Kritiker des heraufziehenden Überwachungsstaats decken müssen. Das führt dann zu einer interessanten Konfrontation, in der sich führende Vertreter der Polizei gegen ihre Funktionalisierung durch die Politik wehren, von der sie sich als »Knüp-

pel aus dem Sack« zur Bearbeitung der Nebenfolgen gescheiterter politischer Strategien mißbraucht fühlen.

Diese Situation läßt sich nun wie folgt stilisieren: Die gesetzlichen Vorgaben sozialer Kontrolle entfalten einen Gutteil ihrer Wirkung im Modus symbolischer Politik, sie sind mit der Praxis der Kontrollinstanzen nur lose gekoppelt. Auf der Ebene der Praxis hingegen entwickelt sich ein eher gesellschaftszentriertes Verständnis von öffentlicher Ordnung, das sich in lokalen Initiativen vor Ort, und zwar unterhalb, neben, wenn nicht gar gegen die entsprechenden Rechtsprogramme durchsetzt. Dies ist sozusagen die helle Seite der Entkoppelung von Recht und sozialer Kontrolle. Aber es gibt auch noch eine dunkle Seite.

Recht hat die Aufgabe, durch die binäre Schematisierung von legalen und illegalen Verhaltensweisen einen Bereich unverdächtigen privatautonomen Handelns auszudifferenzieren. Alles was nicht verboten ist, ist erlaubt. Diese Aufgabe erfüllt das Recht zusehends weniger. Die oben zitierten Beispiele des Kreditbetrugs und des politischen Strafrechts wären hier zu nennen, aber auch das sogenannte Wirtschafts- und das Umweltstrafrecht, die alle als sogenanntes Risikostrafrecht nicht die »erfolgreiche« Verletzung eines Rechtsguts bestrafen, sondern bereits solche Handlungen, die gefährlich sind oder unter Umständen gefährlich sein könnten. Parallel mit der Zunahme der sogenannten »abstrakten Gefährdungsdelikte« erweitern sich auch die Ermittlungsmöglichkeiten. Im Gegenzug zu den oben beschriebenen Einschätzungen der Polizei an der Schnittstelle zum trivialen Alltagsgeschäft findet sich hier eine gegenläufige Tendenz: die Ausdehnung der selektiven präventiven Überwachung in bestimmten Sektoren, wobei diese Überwachung zum Teil durch private Akteure, etwa Banken, stattfindet. Die Limitierung der Überwachung durch die klare Definition einer strafbaren Handlung entfällt hier weitgehend. »Die charakteristischen Probleme des Risikostrafrechts«, so Frehsee, »liegen in der Offenheit und Beliebigkeit der strafbar zu stellenden Handlungen, und zwar hinsichtlich der Art des Risikos – was ist schließlich nicht alles gefährlich – sowie hinsichtlich des Grades des Risikos – in welchem Abstand vor der Verletzung soll angesetzt werden« (Frehsee 1997:16).

Versucht man nun diese verschiedenen Aspekte der Entwicklung des Strafrechts im Kontext einer Theorie der Veränderung sozialer Kontrolle zu interpretieren, so kann man eine Reihe von begründeten Vermutungen anstellen. Hierzu möchte ich abschließend noch ein paar Anmerkungen machen.

4. Die Differenz von Staat und Gesellschaft als Ressource in der Auseinandersetzung um die Legitimität sozialer Ordnung und sozialer Kontrolle

Das Modell des Rechtsstaats fungiert in mehr oder minder elaborierter Form als Element einer kollektiven kognitiven Infrastruktur, die die Diskurse über soziale Kontrolle steuert. Mit dem Begriff der kollektiven kognitiven Infrastruktur ist jene Ebene von Deutungen bezeichnet, die Bourdieu in seiner Analyse des Habitus ansteuert. In seiner Untersuchungen der feinen Unterschiede schreibt er: »Alle Akteure einer Gesellschaft verfügen in der Tat über einen gemeinsamen Stamm von grundlegenden Wahrnehmungsmustern, deren primäre Objektivierungsebene in allgemein verwendeten Gegensatzpaaren von Adjektiven vorliegt, mit denen Menschen wie Dinge der verschiedenen Bereiche der Praxis klassifiziert und qualifiziert werden« (Bourdieu 1982: 730). Man kann ausgehend von dieser Bestimmung durch die Untersuchung der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen über legitime Formen sozialer Kontrolle eine Art Schlüsselvokabular gewinnen, mit dessen Hilfe sich verschiedene Deutungen der angemessenen Arbeitsteilung im Verhältnis von Staat und Gesellschaft konstruieren lassen. Diese unterschiedlichen Deutungen stehen zueinander in Konkurrenz. Sie dienen zur Klassifikation der sozialen Welt aus verschiedenen Blickwinkeln. Solche Klassifikationssysteme sind »weniger Erkenntnis- als Machtinstrument, (sie sind) sozialen Funktionen unterworfen und mehr oder weniger offen auf die Erfüllung spezifischer Gruppeninteressen hin ausgerichtet.« Bourdieu verweist hier explizit auf das Beispiel juristischer Klassifikationen. Solche Klassifikationssysteme sind »mithin Streitobjekte in den Auseinandersetzungen zwischen den Gruppen, die über diesen Affront Profil gewinnen und gegeneinander Front beziehen im Bestreben, jene für sich, zu ihrem eigenen Vorteil einzuspannen« (Bourdieu 1982: 744). Das Modell des demokratischen Rechtsstaats läßt sich als solch ein semantisches Streitobjekt begreifen. Es kann von verschiedenen Gruppen in unterschiedlicher Art und Weise verwendet werden. Gewaltenteilung, Gesetzesbindung, die Differenz zwischen geschützter Privatsphäre und öffentlichem Interesse, zwischen Recht und Unrecht, zwischen Legitimität und Illegitimität, Devianz und Konformität sind zentrale Elemente dieses semantischen Baukastens.

Dem Staat als semantischem Objekt und Kontrastkategorie von Gesellschaft werden in diesen Auseinandersetzungen verschiedene Rollen, Fähigkeiten und Aufgaben im Verhältnis zur Gesellschaft zugeschrieben. In elaborierter

ter und expliziter Form finden sich solche Zuschreibungen in staatstheoretischen und staatsrechtlichen Abhandlungen (Böckenförde 1991). Hier wird die Differenz zwischen Staat und Gesellschaft aufwendig nachgezeichnet und begründet, um die Grenzen des staatlichen Zugriffs, das Spektrum der möglichen Staatsaufgaben und die legitimen Erwartungen an staatliches Handeln darzustellen und für den politischen Diskurs handhabbar zu machen. Man kann sich diesen Darstellungen in unterschiedlicher Weise nähern. Sie lassen sich einerseits in gleichsam objektivierender Einstellung auf ihren Wahrheitsgehalt, auf ihre Angemessenheit und ihre Brauchbarkeit als Vokabular der Beschreibung überprüfen. Man kann sie aber auch als mögliche und konkurrierende Vokabularien der Begründung, Klassifikation und Legitimation in politischen und sozialen Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Machtpositionen begreifen, als Elemente eines reflexiven politischen Diskurses, in dem die Beteiligten ihre eigene Position in dem Szenario, das sie beschreiben, zu klären versuchen.

Ich möchte nun abschließend kurz auf einen Aspekt eingehen, der mir für die Debatte über soziale Kontrolle wichtig erscheint. Wir hatten oben als Maßstab für die Legitimität staatlich organisierter und rechtlich kodierter sozialer Kontrolle die Sicherung der Reproduktionsbedingungen der Gesellschaft genannt. Hier zeigt sich nun eine interessante Verschiebung. Die Vorstellung von Gesellschaft als eines sich gleichsam naturwüchsig reproduzierenden Handlungszusammenhangs verschwindet zusehends und wird abgelöst durch ein Modell oder ein Bild, das Gesellschaft als komplexes, interdependentes, risikobeladenes und vor allen Dingen störanfälliges System erscheinen läßt. An der Karriere von zeitdiagnostischen Schlagworten wie dem von Beck (1986) geprägten Terminus der Risikogesellschaft läßt sich dieser Wandel nachzeichnen. Auch die im rechtlichen Diskurs verwendeten Figuren des abstrakten Gefährdungsdelikts, des Risikostrafrechts und der Vorsorge für die Strafrechtspflege weisen in diese Richtung (Prittwitz 1993).

Soziale Ordnung erscheint hier nicht mehr als das erwartbare Produkt des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, sondern als Ergebnis einer dauernden, weitreichenden und reflexiven Intervention, sie verdankt sich der frühzeitigen Reaktion auf und Verhinderung von Störungen des sozialen Gleichgewichts. Für das Verhältnis von Staat und Gesellschaft im Bereich soziale Kontrolle hat dies gravierende Folgen. Der Staat wird hier zur gleichen Zeit ebenso omni- wie impotent: Er reklamiert einerseits umfassende Zuständigkeiten bzw. wird zum Adressaten vielfältiger Beschwerden und Forderungen und kann den an ihn gestellten Forderungen andererseits zunehmend weniger gerecht werden. So entsteht die scheinbar paradoxe Kombination eines

Diskurses, der im gleichen Atemzug die zunehmende Verstaatlichung ebenso beklagt wie den Rückzug des Staates. Der Staat muß – so die politische Rhetorik – zusehends mehr intervenieren, um der vermeintlichen Bedrohung der sozialen Ordnung zu begegnen, er ist dabei aber zusehends – so die entsprechende Forderung – auf die Kooperation der Gesellschaft angewiesen. Neue, schärfere strafrechtliche Regelungen erscheinen in diesem Szenario unabdingbar, sie sind aber nur wirkungsvoll, wenn die Gesellschaft sozusagen kooperiert, d.h. ihren Anteil an der Überwachung, Kontrolle und Prävention übernimmt. Man könnte diese Verschiebung in der Semantik des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft an ausgewählten Topoi des aktuellen Diskurses über soziale Kontrolle nachzeichnen, etwa an der Diskussion über die Bedrohung durch die organisierte Kriminalität. Hier findet sich ein Amalgam aus xenophobischen Bedrohungsszenarien, Ängsten vor Verlust der territorialen Souveränität und ethnischen Globalstigmatisierungen, denn das organisierte Verbrechen, wie es uns als Bedrohung dargestellt wird, geht in erster Linie von der italienischen Camorra, der russischen Mafia oder den chinesischen Triaden aus. Das Bild der wilden Horden, die über das eigene Land hereinbrechen, wird hier ziemlich unverblümt als Bedrohungsszenario verwendet (Rufin 1994:180ff.). Andererseits lassen sich gefährliche Feinde auch im Inneren erfinden: Man denke hier etwa an die Diskussion über Korruption in der öffentlichen Verwaltung oder die derzeit aktuelle Debatte über sexuellen Mißbrauch von Kindern, die das Bild des allgegenwärtigen Triebtäters hinter jeder Ecke zeichnet: Vorbeugen, Einsperren und Absichern werden als dringend notwendige Therapien empfohlen. Die verschiedenen Konsortien des Moralunternehmertums verstehen es, für ihre jeweiligen Anliegen die öffentlichen Diskurse anzuheizen und dabei auf die »Verantwortung des Staates« zu verweisen. Entsprechend wird die Gesetzgebungsmaschine angeworfen, um Aktivität zu demonstrieren.

An all diesen Beispielen läßt sich demonstrieren, wie die Differenz von Staat und Gesellschaft, von Kontrolle und präreflexiver Reproduktion sozialer Ordnung verschwimmt bzw. immer wieder neu konstituiert wird. Damit wird einer Politik Vorschub geleistet, die davon lebt, daß sie die gesellschaftlichen Ressourcen Vertrauen und Sicherheit abschmilzt, um sie durch die reflexiv gewendete Nötigung zur Selbstkontrolle und vorverlagerte staatliche Überwachungsmaßnahmen zu ersetzen. Setzt sich diese politische Rhetorik durch, so geht das im Modell des demokratischen Rechtsstaats angelegte Spannungsverhältnis zwischen Staat und Gesellschaft verloren und der politische Diskurs über soziale Kontrolle verengt sich zusehends auf die Frage, welche Bereiche der Gesellschaft noch nicht ausreichend überwacht und kontrol-

liert sind und wie diese Kontrolldefizite zu beseitigen sind. Die Aufgabe einer kritische Theorie sozialer Kontrolle wäre es, hier gegenhegemoniale Deutungen und entsprechende – notwendigerweise ein Stück weit auch utopische – Vokabularien zu erfinden. Aber das ist ein anderes Thema.

Anmerkung

- 1 Dieser Beitrag ist entstanden im Rahmen eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Forschungsprojekts über den Paradigmenwechsel sozialer Kontrolle, das vom Verfasser an der Bergischen Universität Gesamthochschule Wuppertal unter der Leitung von Manfred Brusten durchgeführt wurde.

Literatur

- Albrecht, Alexis u.a. (1992), *Strafrecht – ultima ratio*. Baden-Baden
- Beck, Ulrich (1986), *Risikogesellschaft*. Frankfurt/M.
- Beste, Hubert (1996), Kontrollpolitik zwischen Privatisierung und staatlicher Herrschaftssicherung, in: Kai D. Bussmann/Reinhard Kreissl (Hrsg.), *Kritische Kriminologie in der Diskussion*. Opladen
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang (1991), *Recht, Staat, Freiheit*. Frankfurt/M.
- Bourdieu, Pierre (1982), *Die feinen Unterschiede*. Frankfurt/M.
- Dencker, Friedrich (1988), Gefährlichkeitsvermutung statt Tatschuld, in: *Strafverteidigervereinigungen* (Hrsg.), *Stellungnahme zum Artikelgesetz*. Köln
- Frehsee, Detlev (1997), Fehlfunktionen des Strafrechts und der Verfall rechtsstaatlichen Freiheitsschutzes, in: Detlev Frehsee u.a. (Hrsg.), *Konstruktion der Wirklichkeit durch Kriminalität und Strafe*. Baden-Baden
- Habermas, Jürgen (1981), *Theorie des kommunikativen Handelns*, Bd. 2. Frankfurt/M.
- Habermas, Jürgen (1992), *Faktizität und Geltung*. Frankfurt/M.
- Gephart, Werner (1993), *Gesellschaftstheorie und Recht*. Frankfurt/M.
- Kreissl, Reinhard (1988), Vom Nachteil des Nutzens der Sozialwissenschaften für das Strafrecht, in: *Zeitschrift für Rechtssoziologie* Heft 2:272-289.
- Lau, Stefan/Mischau, Anina (1991), Normgenese, Zielsetzung und Rechtswirklichkeit der Paragraphen 129 (R)StGB und 129a StGB, in: *Arbeitskreis Junger Kriminologen* (Hrsg.), *Politisches Strafrecht und politische Kriminalität* (= 3. Beiheft des *Kriminologischen Journals*).

- Luhmann, Niklas (1981), Die Funktion des Rechts: Erwartungssicherung oder Verhaltenssteuerung? in: Niklas Luhmann, Ausdifferenzierung des Rechts. Frankfurt/M.
- Maus, Ingeborg (1986), Verrechtlichung, Entrechtlichung und der Funktionswandel von Institutionen, in: Ingeborg Maus, Rechtstheorie und Politische Theorie im Industriekapitalismus. München.
- Preuß, Ulrich, K. (1989), Vorsicht Sicherheit, in: Merkur Heft 6: 487-498.
- Prittwitz, Cornelius (1993), Strafrecht und Risiko. Frankfurt/M.
- Rufin, Jean-Christophe (1994), Die Diktatur des Liberalismus. Reinbek.
- Teubner, Gunther (1985), Verrechtlichung – Begriffe, Merkmale, Grenzen, Auswege, in: Friedrich Kübler (Hrsg.), Verrechtlichung von Wirtschaft, Arbeit und sozialer Solidarität. Frankfurt/M.
- Willke, Helmut (1992), Ironie des Staates. Frankfurt/M.